

Der Bremer Frauenausschuss fordert den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, eine Beratungsstelle einzurichten, die ausschließlich beratend beim Ausstieg aus der Prostitution und zur Unterstützung von ausstiegswilligen Prostituierten zuständig ist.

Begründung

Zur Zeit ist der Verein "Nitribitt" für die Beratung von ausstiegswilligen Prostituierten zuständig. Nach eigenem Verständnis von "Nitribitt" setzt sich der Verein aber insbesondere für Frauen ein, die als Prostituierte arbeiten und leistet auch Beratung von Frauen beim Einstieg in die Prostitution.

Die Mitgliedschaft im Verein ist auch nicht an die Tätigkeit als Prostituierte gebunden. Mitglieder können auch Personen werden, die lediglich die Ziele des Vereins unterstützen (siehe Satzung des Vereins). Das heißt, es können auch BordellbetreiberInnen, VermieterInnen von Wohnungen, Personen mit Manager-funktionen und Sexkäufer Mitglieder des Vereins werden. Diese zuletzt genannten Personengruppen verfolgen jeweils eigene Interessen, vor allem eigene finanzielle Interessen, die auf der Ausübung von Prostitution beruhen. Das Mitverdienen an der Prostitution ist graduell von der Ausbeutung von Prostituierten unterscheidbar, allerdings steht der Wunsch einer Prostituierten nach Ausstieg dem Interesse der oben genannten Personengruppen entgegen. Der Verein "Nitribitt" ist also für zwei sich in der Zielführung widersprechende Beratungsanforderungen zuständig.

Frauen in der Prostitution machen oft traumatische und psychisch schwer belastende Erfahrungen, welche ihr Vertrauen in andere Menschen stark erschüttert haben. Sie müssen oft große Hürden überwinden, um sich mit ihrem Wunsch nach Ausstieg zu offenbaren und sie gehen dabei oft große Gefahren ein. Um überhaupt diesen Schritt machen zu können, brauchen viele die absolute Gewissheit, dass die Person, der sie sich anvertrauen, nicht im Geringsten etwas mit der Unterstützung von Prostitution zu tun hat.

Die Begleitung und Beratung von ausstiegswilligen Frauen aus der Prostitution erfordert eine hohe Professionalität, da hinter einer zunächst geäußerten Freiwilligkeit in der Prostitution eine Vielzahl von Zwängen stehen können, die sehr subtil und vielfältig sein können. Es braucht bei dieser Arbeit darum eine klare Unabhängigkeit, d. h. eine staatlich finanzierte Beratungsstelle, die ausschließlich für die Beratung aus der Prostitution zuständig ist.